



In der Europapolitik und bei der Diskussion um die Bewältigung der Flüchtlingskrise legt FDP-Chef Christian Lindner eine härtere Gangart gegenüber der jetzigen Bundesregierung an den Tag. Letzteres wurde besonders deutlich, als Christian Lindner in Berlin das Buch des Welt-Korrespondenten Robin Alexander über die Flüchtlingspolitik der Kanzlerin vorstellte. Lindner sprach davon, es mit „atemloser Spannung“ gelesen zu haben. Die FDP habe die Flüchtlingspolitik der Kanzlerin zwar von Anfang an kritisiert, die Kritik wäre aber noch härter ausgefallen, wenn er das Buch vorher gekannt hätte, fasste der FDP-Bundesvorsitzende die Ergebnisse der Recherchen von Robin Alexander zusammen.

? Welche neuen Einsichten haben Sie denn durch die Recherchen von Robin Alexander gewonnen, die Sie zu solch massiver Kritik veranlasst haben?

Christian Lindner: Wir haben die Flüchtlingspolitik ja immer kritisch gesehen. Jetzt wissen wir aber noch mehr. Von der Bundeskanzlerin haben wir gehört, die im Jahr 2015 erfolgte Grenzöffnung sei alternativlos gewesen. Durch die Recherchen erfahren wir aber, was sich innerhalb der Bundesregierung abspielte, als der Schutz der Grenzen aufgegeben wurde. Demnach gab es eine Erwägung in der folgenden Woche, die Grenzkontrollen wieder einzuführen. Es gab einen bereits ausgestellten Einsatzbefehl an die Bundespolizei, um die Landesgrenzen zu sichern. Es war nur niemand aus der Bundesregierung bereit, diesen Einsatzbefehl zu unterschreiben. Kurzum: Niemand in der Bundesregierung wollte Verantwortung übernehmen. So hat schlicht und ergreifend die mangelnde Courage der politisch Verantwortlichen zu diesem Kontrollverlust geführt. Zudem wurden

Mangelnde Courage der politisch Verantwortlichen

FDP-Frontmann Christian Lindner zur Flüchtlingskrise: Parlament und Öffentlichkeit wurden systematisch getäuscht

Parlament und Öffentlichkeit systematisch über die wahren Hintergründe getroffener Entscheidungen getäuscht.

? Anlässlich der Buchvorstellung haben Sie Ihre Forderung nach einem Einwanderungsgesetz mit klaren Regeln erneuert. Wäre denn mit einem Einwanderungsgesetz nach Ihren Vorstellungen die Flüchtlingskrise verhindert oder gar bewältigt worden?

Christian Lindner: Sie wäre auf jeden Fall besser bewältigt worden. Nach unseren Vorstellungen sollen Flüchtlinge aus Kriegsgebieten einen vorübergehenden Schutz bekommen. Wenn deren Land aber wieder befriedet ist, muss die Rückkehr in das Heimatland die Regeln sein. Nach unseren Vorstellungen sollen Kriegsflüchtlinge gar nicht erst ein kompliziertes Asylverfahren durchlaufen, sondern sie sollen einen zeitlich begrenzten Aufnahmetitel unbürokratisch erhalten. Wer aber auf Dauer bleiben will, muss nachweisen können, dass er seinen Lebensunterhalt aus eigenen Mitteln bestreiten kann. Und sie müssen die deutsche Sprache beherrschen, weil dies ein Beleg für eine minimale kulturelle Integrationsbereitschaft ist. Wir sollten uns ein Beispiel an Kanada nehmen. Dort gibt es ganz genau definierte Vorgaben. Wer nur an einem Punkt diese nicht erfüllt, muss das Land verlassen. Der kanadische Ministerpräsident Trudeau hat eine ganz klare Vorstellung: Wer sich integriert, dem stehen in Kanada alle Möglichkeiten offen. Wer aber den Frieden stört oder nur sozialstaatliche Leistungen in Anspruch nehmen will, der muss das Land verlassen.

? Sie fordern einen Plan B für den Schutz unserer Außengrenzen. Wie sieht dieser Plan B aus?

Christian Lindner: Zunächst einmal dürfen wir uns nicht weiter von Herrn Erdogan erpressen lassen. Natürlich brauchen wir in der Flüchtlingsfrage eine Vereinbarung mit der Türkei. Aber wir brauchen auch entsprechende Vereinbarungen mit den Maghreb-Staaten. Der Deal lautet: Ihr nehmt eure Staatsbürger zurück, wenn diese illegal zu uns gekommen sind. Wenn ihr aber nicht partnerschaftlich agiert, dann fühlen wir uns auch nicht mehr an eine wirtschaftliche Zusammenarbeit oder an unsere Zusagen



bei der Entwicklungshilfe gebunden. Unabhängig von diesen Deals brauchen wir einen europäischen Grenzschutz, der in der Lage ist, die Kontrolle über unsere Außengrenzen wieder herzustellen. Die Agentur Frontex ist hierfür zu schwach ausgestattet. Ich stelle mir eine europäische Grenzpolizei mit einer Stärke von mindestens 15.000 Mann vor, die mit modernster technischer Ausrüstung ausgestattet ist und so illegale Grenzübertritte systematisch verhindern kann. Ich bin mir sicher, dass es für diese Vorstellungen innerhalb der EU eine Mehrheit gibt. Länder wie Ungarn, Polen oder Tschechien nehmen aus bekannten Gründen so gut wie keine Flüchtlinge auf, wären aber nach meiner Überzeugung mit Sicherheit bereit, sich an einer solchen Polizeitruppe zu beteiligen.

? Von der Grenzsicherung zur Europapolitik insgesamt. Der geordnete Ausstieg Griechenlands aus der Eurozone scheint für ihre Partei kein Tabu mehr zu sein. Wie wird sich die FDP nach der Wahl im September im Bundestag verhalten, wenn – wie in der

Vergangenheit geschehen – europäische Regeln ausgesetzt oder gar verletzt werden?

Christian Lindner: Wir wollen ein Europa im Geist von Freiheit und Recht. Gegenwertig erleben wir Bestrebungen, die auf eine Vereinheitlichung innerhalb Europas hinauslaufen: eine EU-Arbeitslosenversicherung, Eurobonds und gleiche Sozialstandards. Ein solches Europa produziert nur Verlierer und würde das gleiche Schicksal wie die Sowjetunion erleiden, weil die Verlierer dieser Politik nicht mehr bereit sein werden, diese Gleichmacherei mitzumachen. Dennoch stehe ich voll hinter der Europapolitik der FDP bis

zum Jahr 2013 und damit auch zu den Hilfen für Griechenland. Inzwischen ist die Situation aber eine andere. Der IWF ist nicht mehr bereit, sich finanziell an der Griechenlandhilfe zu beteiligen. Deshalb plädiere ich für einen griechischen Schuldenschnitt. Griechenland kann in der EU bleiben, aber verlässt die Eurozone und kehrt zur Drachme zurück. Dann hat das Land die Möglichkeit, abzuwerten, um wieder wettbewerbsfähig zu werden. Natürlich kann Griechenland auch mit weiteren Finanzhilfen aus Brüssel rechnen. Diese gelten dann als Subventionen und werden nicht für Rentengeschenke, sondern zweckgebunden für die Finanzierung des Mittelstandes und der Modernisierung der Infrastruktur eingesetzt. Dann hätten wir nicht nur Griechenland wieder auf einen besseren Weg gebracht, sondern auch der Eurozone einen Neustart ermöglicht. Zudem wäre ein solcher Schritt auch ein Signal an die italienische Regierung in Rom, dass man die eigene Wirtschaft in Ordnung bringen muss. Und es wäre ein Signal an die EZB, dass man die Niedrigzinspolitik und Politik des Anleiheaufkaufs beenden kann. ■



Mit Christian Lindner
sprach
Joachim Schäfer